



Richard J. Evans

## „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“

Zur Diskussion um Anpassung  
und Widerstand in der deutschen  
Arbeiterschaft 1933–1945



**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**



Reihe  
**Gesprächskreis  
Geschichte**  
Heft 84

Gesprächskreis Geschichte

---

Heft 84

Richard J. Evans

## **„Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“**

Zur Diskussion um Anpassung und  
Widerstand in der deutschen Arbeiterschaft 1933-1945

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke  
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-mail: [Ingrid.Nordemann@fes.de](mailto:Ingrid.Nordemann@fes.de)

<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2010 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Redaktion: Anja Kruke

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign

Herstellung: Katja Ulanowski

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2010

ISBN 978-3-86872-348-9

ISSN 0941-6862

---

## Inhalt

Vorwort .....	5
Richard J. Evans „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“. Zur Diskussion um Anpassung und Widerstand in der deutschen Arbeiterschaft 1933-1945 .....	7
Literaturhinweise .....	25
Zum Autor.....	27



---

## Vorwort

In den letzten Jahren hat sich eine neue Debatte zur Gesellschaft im Nationalsozialismus entwickelt, die sich von der Frage des Verhaltens und der Einstellung der Arbeiterschaft zur generellen Akzeptanz des Nationalsozialismus verschoben hat. Sie gipfelt in der Aussage zur „Zustimmungsdiktatur“, in der es keinen nennenswerten Dissens der gesamten Gesellschaft zur Nazi-Diktatur gegeben habe. Parallel zu dieser wissenschaftlichen Debatte hat sich in den Feuilletons der Republik eine erneute Diskussion entwickelt um den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und dessen Bekanntheit in der heutigen deutschen Gesellschaft wie auch in der Gesellschaft anderer Länder.

Diese beiden Beobachtungen erscheinen wie ein Pendelschlag zur anderen Seite, nachdem auf Timothy Masons bahnbrechender Studie „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“ folgend fast eine ganze Generation von Historikerinnen und Historikern sich der Frage nach der Rolle der Arbeiterschaft und ihres (widerständigen) Verhaltens widmete. Richard Evans resümiert die Entwicklung der Forschung und kontrastiert die zentralen Aussagen miteinander, um die Argumente gegeneinander abzuwägen.

Der betrachtete Zeitraum umfasst auch die Zeit, die Michael Schneider als forschender Historiker und späterer Leiter des Archivs der sozialen Demokratie und des Historischen Forschungszentrums in der Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitete. Mit seinem Vortrag begibt sich Richard Evans auf ein zentrales Arbeitsfeld Michael Schneiders, der sich lange Jahre – angetrieben von der Frage, wie es zur Nazi-Diktatur kommen konnte – mit genau diesen Fragen zum Verhalten der Arbeiterschaft während des Nationalsozialismus auseinandergesetzt hat. Ihm zu Ehren wurde der

Vortrag aus Anlass seiner Verabschiedung in den Ruhestand am  
16. Juni 2009 in Bonn gehalten.

Bonn, 30. September 2009

Dr. Anja Kruke

---

Richard J. Evans

### **„Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“.**

Zur Diskussion um Anpassung und Widerstand in der deutschen Arbeiterschaft 1933–1945

„Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“ ist bekanntlich der Titel einer großen Sammlung von meist bis dahin unbekanntem Dokumenten, einschließlich vieler aus Archiven der damaligen DDR, die im Jahre 1975 von meinem Oxforder Lehrer Tim Mason mit einer langen analytischen Einleitung veröffentlicht wurde.<sup>1</sup> Masons Beschäftigung mit der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft erwuchs aus der Geschichtswerkstatt-Bewegung in den späten 1960er Jahren. Er war mit Raphael Samuel der Begründer dieser Bewegung, ein Pionier einer marxistisch geprägten „Geschichte von Unten“, die sich aus dem politischen und theoretischen Versuch der Neuen Linken in Großbritannien entwickelte, die Geschichte der Arbeiterklasse den politisch definierten Kategorien des Marxismus-Leninismus loszulösen und ihr eine neue, breitere und demokratischere Gestalt zu geben. Führend hier waren die englischen marxistischen Historiker, wie zum Beispiel Edward P. Thompson oder Eric Hobsbawm: Beide übten einen starken intellektuellen Einfluss auf Mason aus.

Gleichzeitig aber verdankte er wie andere jener Generation der englischen Historiker, die in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren zu forschen begannen, sein Interesse für die deutsche Zeitgeschichte einer einmaligen geschichtswissenschaftlichen Konjunktur. Eine ältere Generation englischer Historiker, deren persönliche Erlebnisse in den englischen Streitkräften während des Zweiten Weltkriegs in Frankreich, Italien oder Deutsch-

---

<sup>1</sup> Für Literatur vergleiche die Liste im Anhang.

land ein starkes Interesse an der Geschichte Kontinentaleuropas angespornt hatte, stand ebenso bereit, die Forschungen jüngerer Historiker auf diesem Gebiet zu fördern und zu betreuen wie die Generation der deutschen Exilhistoriker, die nach dem Krieg eine Karriere in England aufgebaut hatte. Gleichzeitig begann, nicht nur in den Kreisen der Neuen Linken, eine intensive politische und wissenschaftliche Diskussion um Theorie und Interpretation des Faschismus, während in der Bundesrepublik große archivarische Sammlungen aus der Zeit des Nationalsozialismus zum ersten Mal freigegeben wurden.

Masons Arbeiten zum Problem des Arbeiterwiderstands, die allesamt zunächst auf deutsch und erst sehr viel später auf englisch veröffentlicht wurden, gaben der deutschen Forschung auf diesem Gebiet sowie zur Alltagsgeschichte der Nazizeit sehr fruchtbare Impulse. Sie unterminierten die gängigen marxistischen Interpretationen, wonach der Nationalsozialismus ein Handlanger des Kapitalismus war und der Arbeiterwiderstand mehr oder minder ausschließlich durch die Kommunistische Partei verkörpert wurde. Bei den Wahlen der späten Weimarer Zeit, so argumentierte Mason, blieb die deutsche Arbeiterklasse der ideologischen Versuchung des Nationalsozialismus fern. Auch später wurde sie nie in die sogenannte Volksgemeinschaft integriert. Selbst nach der Zerschlagung des politisch organisierten Arbeiterwiderstands gab es eine weit verbreitete Arbeiteropposition, die sich in zahllosen individuellen und implizit kollektiven Taktiken wie Sabotage am Arbeitsplatz, Fernbleiben von der Arbeit, Aufmüpfigkeit in der Fabrik, Stellenwechsel, Krankschreiben, ja sogar in kleinen Streiks ihren Ausdruck fand. In den Jahren 1937 und 1938, als das Tempo der Aufrüstung und damit die Ausbeutung der Arbeitskräfte immer mehr zunahm, begann das Regime einen regelrechten Arbeiteraufstand zu befürchten. Um eine Wiederholung des angeblichen Dolchstoßes von 1918 zu

---

vermeiden, so Mason, versuchten die Nationalsozialisten, neue Arbeitskräfte zu gewinnen, eine gesteigerte nationalpatriotische Atmosphäre hervorzubringen und einen verstärkten polizeilichen Terror zu legitimieren durch die Radikalisierung und Beschleunigung der außenpolitischen Aggression bis zur vorzeitigen Entfesselung des Weltkriegs im September 1939.

Seit Masons bahnbrechenden Arbeiten sind nun mehr als 30 Jahre vergangen. Inzwischen hat sich die historiografische Landschaft auf diesem Gebiet bis zur völligen Unkenntlichkeit gewandelt. Während in den 1970er Jahren eine Flut von Lokalstudien und Forschungen zur Geschichte des organisierten Arbeiterwiderstands im Dritten Reich bis zu dessen mehr oder minder endgültigen Zerschlagung Mitte der 1930er Jahre erschienen ist, ergibt sich aus der neueren Forschung fast zwangsläufig die Schlussfolgerung, dass solche Organisationen klein, erfolglos und vor allem nicht repräsentativ für die Stellung der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterschaft gegenüber dem Nationalsozialismus waren. Selbst Masons sorgfältige Herausarbeitung des individuellen, informellen Arbeiterwiderstands scheint im Lichte der Forschungen der letzten Jahre als überzogen, seine Argumentation, dass Krankschreiben, Fernbleiben von der Arbeit usw. politisch motiviert waren, als zweifelhaft. Mason selbst gab später zu, dass er das Ausmaß und vor allem den politischen Inhalt dieser Widersetzlichkeit überschätzt hatte.

Die Forschungen von Thomas Childers und Jürgen Falter haben erwiesen, dass viele Arbeiter in den letzten Wahlen der Weimarer Zeit für die Nationalsozialisten stimmten. Inge Marbolek und René Ott zeigten, dass die Einstellung von Fabrikarbeitern in Bremen zum nationalsozialistischen Regime eine durchaus positive war, ebenso haben Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul die Loyalität der Arbeiterschaft des Saarlands im Dritten Reich unterstrichen. Die Analyse von Feldpostbriefen, die von

Alf Lüdtke und anderen unternommen wurde, zeigt ein völliges Fehlen jeglichen Arbeiterbewusstseins, auch wenn sie aus der Feder von Leipziger Arbeitern stammten. Auf der anderen Seite findet man in den Briefen sehr häufig Beispiele rassistischer und nazistischer Stereotypen. Noch weiter ging Daniel Jonah Goldhagen, der eine minutiöse Analyse des Massenmords polnischer Juden durch eine Polizeibataillon, dessen Mitglieder vorwiegend aus der Hamburger Arbeiterklasse rekrutiert worden waren, als Beweis dafür betrachtete, dass die deutsche Arbeiterschaft trotz ihres sozialdemokratischen Hintergrunds von einem starken, hassgeladenen und mörderischen Antisemitismus durchdrungen war.

In der Geschichtsschreibung der letzten zehn oder fünfzehn Jahre erscheint also die Volksgemeinschaft, deren Realität von Mason so vehement verneint wurde, nunmehr als vollbrachte Realität. Tatsächlich, so wird von einem breiten Spektrum von Geschichtswissenschaftlern argumentiert, gelang es dem Nationalsozialismus, die Barriere einer Klassengesellschaft zu durchbrechen und das Klassenbewusstsein der Deutschen, einschließlich der deutschen Arbeiterklasse, abzubauen, zugunsten einer klassenlosen, ideologisch formierten nationalen Volksgemeinschaft. Dabei spielte der Terror, dessen Rolle von Mason so stark betont wurde, in der Meinung der neuen Historiografie fast keine nennenswerte Rolle mehr. Das Regime, so Hans-Ulrich Wehler, beruhte auf einer „Konsensbasis von Führerdiktatur und Bevölkerung“: Die Stellung der industriellen Arbeiterklassen gegenüber dem Nationalsozialismus entwickelte sich, so Wehler, „vom Depressionsschock zur Führerloyalität“.

Dabei erwies sich die sozialintegrative charismatische Ausstrahlung Hitlers als ebenso zentral wie die Schaffung von sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung, und die Propagierung einer populistischen, egalitären Rhetorik. Das Dritte Reich, so Frank Bajohr, war eine „Zustimmungsdiktatur“; laut Götz Aly

---

bedurfte das Regime keines Instrumentariums des Terrors, um sich an der Macht zu halten, weil es von Anfang bis Ende dafür sorgte, dass die Bevölkerung, einschließlich der Arbeiterschaft, voll beschäftigt, gut ernährt, ja sogar wohlhabend war; im Kriege dank der grenzenlosen Ausplünderung der eroberten Nationen Europas und einer radikalen Politik der Steuererleichterung für die Massen. Kein Wunder also, wie Ulrich Herbert gezeigt hat, dass die deutschen Arbeiter während des Kriegs keine Solidarität mit den mehr als acht Millionen Fremdarbeitern, die überwiegende Mehrheit davon Zwangsarbeiter, zeigten, sie vielmehr oft aus einem Bewusstsein ihrer vermeintlichen eigenen rassischen Überlegenheit behandelten.

Der kanadische Historiker Robert Gellately argumentiert, dass die sogenannte nationalsozialistische Machtergreifung in der Realität keine war. Gewalt wurde nur gegen kleine, sozial marginale Minderheiten angewendet, und ab Mitte 1933 baute man das System der Konzentrationslager rapide ab. Zwei Jahre später befanden sich dort weniger als 4.000 Gefangene – ein Zeichen dafür, dass die Nationalsozialisten die Bevölkerung überhaupt nicht mehr einzuschüchtern brauchten. Die Gestapo, so Gellately und Aly, war eine sehr kleine Organisation: Sie war kein alles überwachender Terrorapparat, sondern verarbeitete von einfachen Bürgern eingesandte Denunziationen; die deutsche Gesellschaft sei deshalb eine „selbstüberwachende Gesellschaft“ gewesen. Es war daher kein Wunder, dass Mitte der 1990er Jahre Eric Johnsons und Karl Heinz Reubands Befragung von älteren Deutschen, die das Dritte Reich miterlebt hatten, ergab, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten im Rückblick meinte, nie befürchtet zu haben, von der Gestapo verhaftet oder in ein Konzentrationslager verschleppt zu werden. So bleibt von Masons Bild einer nicht integrierten, stumm oder unterschwellig oppositionellen Arbeiterklasse fast nichts mehr übrig.

Allerdings ist meiner Meinung nach das neue Bild einer totalen Integration der Arbeiterschaft in die rassistisch bedingte nationalsozialistische Volksgemeinschaft ebenso einseitig. Die Begriffe einer „sich-selbst überwachenden Gesellschaft“ oder einer „Zustimmungsdiktatur“ unterschätzen sehr stark die terroristischen Elemente der nationalsozialistischen Herrschaft. Die These, dass ‚die Arbeiterschaft‘ in die Volksgemeinschaft integriert wurde, ist zu stark verallgemeinernd und bedarf eine Differenzierung. Zum einen machten die Lohnarbeiter und deren Familien fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus. Sie waren also kein einheitliches Gebilde, sondern es gab starke Unterschiede – beziehungsweise hatte sie immer schon gegeben – zum Beispiel zwischen Protestanten und Katholiken innerhalb der Arbeiterschaft. Zum anderen gab es weitere Unterschiede, die auf Geschlechtszugehörigkeit, regionale Herkunft, Industriebranche, Stellung innerhalb der Fabrik oder des Betriebes usw. basierten. Das alles bedeutet: Von einer einheitlichen Arbeiterklasse zu sprechen, ist vereinfachend und letztlich irreführend.

Hier ist der bei Wahlanalysen lang gebrauchte Milieubegriff entscheidend. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 waren 40 Prozent der NSDAP-Wählerschaft lohnabhängige Arbeiter mit deren wahlberechtigten Familienmitgliedern, doch waren dies, wie auch bei früheren Wahlen, überwiegend Arbeiter, deren Verbindung zur Arbeiterbewegung aus den verschiedensten Gründen stets schwach gewesen war. Vor allem waren es die jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Bindung an das Milieu der Arbeiterbewegung durch Krieg, Inflation, Rationalisierung und insbesondere Arbeitslosigkeit geschwächt worden war. Dieser Trend wurde im Laufe der 1930er Jahre gestärkt, als der ideologische Indoktrinationsapparat in den Schulen, in der Hitler-Jugend, ab 1935 in den Streitkräften und allgemein in den vom Reichspropagandaministerium gelenkten Massenmedien einen deutlichen

---

Einfluss auf das Verhalten der heranwachsenden Generation innerhalb der Arbeiterschaft ausübte. Es waren vorwiegend junge Leute, die zum Beispiel an der Zertrümmerung und Ausplünderung der Wohnungen und Geschäfte von jüdischen Opfern der sogenannten Reichskristallnacht teilnahmen. Es waren vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, ältere Arbeiter, die offensichtlich in der Arbeiterbewegung der Weimarer Zeit oder des Kaiserreichs sozialisiert worden waren und dem jüdischen Tagebuchschreiber Viktor Klemperer vor, nach und insbesondere während des Kriegs ihre Sympathien in der einen oder der anderen Weise ausdrückten.

Die organisierten Arbeiterparteien, also in der Hauptsache die KPD und SPD, machten um 1932 herum etwa ein Drittel der Wählerschaft aus. Bei den Reichstagswahlen im November 1932 gewannen die beiden Arbeiterparteien 13,1 Millionen Stimmen, mehr als die Nationalsozialisten, die nur 11,7 Millionen erzielen konnten. Die KPD und SPD und ihre Mitglieder bekamen in den ersten Monaten nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler das volle Gewicht der nationalsozialistischen Gewalttätigkeit zu spüren. Mehr als 100.000 von ihnen wurden verhaftet, verprügelt, gedemütigt und in improvisierten Konzentrationslagern eingesperrt. Die Gewerkschaftshäuser und -büros wurden am 2. Mai 1933 von SA-Männern gestürmt und ausgeplündert. Mindestens 600 Gefangene wurden ermordet oder starben an den Folgen ihrer Misshandlung. Diese Statistiken entlarven die Behauptung Robert Gellatelys, dass in diesen Monaten nur Angehörige von marginalen und gesellschaftlich verpönten Minderheiten die Objekte nationalsozialistischer Gewaltanwendung waren, als reine Fantasie.

Im Laufe des Jahres 1933 wurde die überwiegende Mehrheit der Gefangenen aus den Konzentrationslagern entlassen. Dass sich um 1935 weniger als 4.000 Gefangene in den Konzentrati-

onslagern befanden, ist laut Götz Aly ein Beweis dafür, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen, einschließlich der Arbeiterschaft, keine Gefahr mehr für das Regime darstellten; und der kleine Polizeiapparat der Gestapo, mit knapp 7.000 Mitglieder inklusive Sekretärinnen und Verwaltungskräfte, reichte aus, um 60 Millionen im Auge zu behalten. Man darf aber nicht die weit-aus höhere Zahl von politischen Delinquenten vergessen, die von den ordentlichen Gerichten verurteilt worden waren und in den staatlichen Gefängnissen und Zuchthäusern einsaßen: Nicht weniger als 23.000 Häftlinge waren im Jahre 1935 als politisch eingestuft. Das Absinken der Zahlen der politisch Inhaftierten in den Konzentrationslager spiegelt also nicht das Abnehmen der politischen Überwachung und Verfolgung überhaupt wider, sondern vielmehr die Übernahme dieser Funktionen seitens der staatlichen Justizapparate mit Hilfe einer großen Zahl neuer Gesetze und Bestimmungen über politische Delikte bis zum Hochverrat, die in den Jahren 1933 und 1934 vom Reichstag verabschiedet wurden.

Auch darf man den Blick nicht ausschließlich auf die Gestapo einengen, wenn man den Terror- und Repressionsapparat des Regimes verstehen will. Tatsächlich war die Gestapo nur Teil eines umfassenderen Netzes der Überwachung, des Terrors und der Strafverfolgung, das in den 1930er Jahren von den Nationalsozialisten über die deutsche Gesellschaft und insbesondere über die Arbeiterschaft geworfen wurde. Hinzu kamen SA und SS, die Kripo, die Fürsorge- und Arbeitsämter, die Ärzte und Krankenhäuser, die Hitlerjugend und insbesondere die sogenannten Blockwarte. Letztere hatten dafür zu sorgen, dass ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten in ihrem Häuserblock dem Regime zumindest öffentlich huldigten und keine oppositionellen Aktivitäten entfalteten. Dafür wurden in Arbeiterbezirken vor allem Nationalsozialisten aus dem Kleinbürgertum eingesetzt,

---

die besonders zuverlässig waren. Allgemein, wie Lokalstudien gezeigt haben, wurden ehemalige Funktionäre und Aktivisten der Arbeiterparteien stark überwacht und diskriminiert. Dabei konnte das Regime eine breite Palette Disziplinarmaßnahmen entfalten: Gefängnis und Zuchthaus durften nur die schwerwiegendsten politischen Delikte verdienen, die weniger staatsgefährdenden Fälle durften mit niedrigeren Sanktionen bestraft werden, wie zum Beispiel Versetzung an eine unbequeme Arbeitsstelle (wie den Bau des Westwalls) oder den Verlust der Sozialunterstützung.

Dieses polymorphe, ausgeklügelte System des Überwachens und Strafens schuf ein Klima der Angst, insbesondere in den ehemaligen Hochburgen der Arbeiterparteien. Der Nationalsozialismus beraubte die Arbeiterschaft ihrer traditionellen sozialen und kulturellen Milieus, etwa ihrer Stammkneipen oder ihrer Vereine, zumal diese als potenzielle Widerstandsherde galten. 1933 ging beispielsweise die Mehrheit der sogenannten Heimtückefälle, die vor die Sondergerichte kam, auf politisch verdächtige Äußerungen in Kneipen zurück; 1939 war es nur noch eine kleine Minderheit. Besucher der Kneipen, und speziell der Arbeiterkneipen, hatten gelernt, sich nur privat kritisch gegenüber dem Nationalsozialismus zu äußern.

Gewalt und die Androhung von Gewalt spielten auch eine wichtige Rolle bei den verschiedenen Reichstagswahlen und plebiszitären Wahlen, mit deren Hilfe Hitler versuchte, seine Politik international zu legitimieren. Sowohl Robert Gellately als auch Hans-Ulrich Wehler behaupten, dass der sehr hohe Grad der Zustimmung bei diesen Wahlen – bis zu 99 Prozent oder mehr – ein Beweis dafür war, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter, die Politik der Nationalsozialisten billigte. Dabei seien diese Wahlen kaum oder gar nicht manipuliert oder verfälscht gewesen. Tatsächlich aber gab es einen

fast unglaublich hohen Grad der Einschüchterung und Manipulation, so zum Beispiel bei der Volksbefragung, die am 19. August 1934 abgehalten wurde, um die Selbsternennung Hitlers zum Staatsoberhaupt nach dem Tode Hindenburgs abzusegnen. Uniformierte SA-Leute befanden sich in den Wahllokalen, um die Wähler einzuschüchtern. Vielerorts hatte man die Wahlkabinen entfernt oder der Zugang zu ihnen wurde von SA-Leuten versperrt oder man hatte über ihnen Plakate mit abschreckenden Inschriften angebracht, wie beispielsweise „Hier hinein gehen nur Landesverräter“. In vielen Wahllokalen war auf den Wahlzetteln schon das „Ja“ angekreuzt. Manchmal wurden die Nein-Stimmen in einem Wahlbezirk durch eine höhere Zahl der Ja-Stimmen ersetzt, so dass mehr Stimmen gezählt wurden als Abstimmungsberechtigte vorhanden waren. Bekannte Gegner des Regimes, insbesondere ehemalige Kommunisten und Sozialdemokraten, wurden mancherorts kurzfristig in Konzentrationslager oder Polizeigefängnisse eingesperrt, damit sie ihre Meinung nicht zur Wahlurne bringen konnten. Trotzdem weigerten sich bei dieser Volksbefragung 15 Prozent der Wähler, für das Gesetz zu stimmen; in einigen Orten im industriellen Rheinland lag der Anteil der Nein- und ungültigen Stimmen bei 40 bis 50 Prozent, in ehemaligen KPD-Hochburgen wie Wilmersdorf lag der Anteil der Ja-Stimmen unter 70 Prozent. Erst vier Jahre später hatte das Regime seine Methoden der Terrorisierung und Manipulation der Wähler so weit vervollkommen, dass bei dem Plebiszit am 10. April 1938 über den Anschluss Österreichs 99 Prozent der Wähler mit „Ja“ stimmten.

Es muss aber hier eingeräumt werden, dass aller Wahrscheinlichkeit nach die große Mehrheit der Wählerschaft bei diesem Plebiszit auch mit „Ja“ gestimmt hätte, wenn die Wahl eine ganz freie gewesen wäre. Das lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass die Mehrheit der Arbeiterschaft wie die Mehrheit der

---

Bevölkerung einige Aspekte der Politik des Nationalsozialismus unterstützte. Dies war vor allem in Bezug auf die Außenpolitik des Regimes der Fall, die bis September 1939 die Revision des Versailler Vertrags weitgehend erreicht hatte, ohne – und das war für viele, einschließlich ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten, der entscheidende Punkt – Deutschland in einen Krieg hineinzustürzen. Im Juni 1940, nach der Kapitulation Frankreichs, ergriff die nationale Begeisterung weite Kreise der Arbeiterschaft, so dass auch diejenigen, die das Regime ablehnten, sich, laut einer SD-Meldung aus dem Reich, zu einem Gefühl des Stolzes bekannten und konstatierten, dass die allgemeine Atmosphäre des freudigen Jubels es ihnen unmöglich mache, ihren illegalen Widerstand in welcher Form auch immer fortzusetzen.

Die Zustimmung zur Revision des Versailler Vertrags oder zur Niederwerfung Frankreichs bedeutete aber keineswegs allgemeine Zustimmung zu dem Gesamtspektrum der nationalsozialistischen Politik. Schließlich darf man nur von Zustimmung sprechen, wo sie frei gegeben wird. Im Dritten Reich drängten die Repression und die Überwachung des öffentlichen Lebens die Menschen, einschließlich der Arbeiter, in die Privatsphäre ab, wo sie fühlten, dass es relativ sicher sei, frei über Politik zu sprechen; in der Öffentlichkeit leisteten sie dem Regime den nötigen Tribut, doch bei den meisten war dies alles. Der Anschein der Zustimmung darf daher nicht mit echter Zustimmung verwechselt werden. Mit seinen innenpolitischen Maßnahmen und Einrichtungen fand das Regime bei der Bevölkerung immer dann den größten Anklang, wenn diese den privaten Bedürfnissen und Wünschen Rechnung trugen: die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude, die NS-Volkswohlfahrt, die Arbeitsbeschaffung, die Verringerung der Arbeitslosen, ein allgemeines Gefühl der Stabilität und Ordnung nach den Unruhen und der Unstetigkeit der Weimarer Jahre. Jedoch konnten die Nationalsozialisten die Arbeiter

nicht darüber hinwegtäuschen, dass die deutsche Gesellschaft noch immer trotz aller egalitärer Rhetorik des Propagandaministeriums eine Klassengesellschaft war. Die für die Arbeiterschaft bestimmten KdF-Kreuzfahrten nach Madeira waren so weit von den Parteifunktionären monopolisiert, dass sie volkstümlich als „Bonzenfahrten“ bezeichnet wurden. Die ideologische und propagandistische Seite dieser Angebote wurde nur stillschweigend geduldet, um die vielfachen Vergnügungen des von dem Regime inszenierten Massentourismus genießen zu können.

Schließlich hielt die große Mehrheit der erwachsenen Arbeiter, deren Denken und deren Überzeugungen in der Arbeiterbewegung schon vor dem Dritten Reich geprägt worden waren, an ihren Überzeugungen mehr oder weniger ungebrochen fest. In manchen Fällen, vor allem aber in ihrem Nationalgefühl, überschritten sich diese etwas mit denen des Nationalsozialismus, in anderen Fällen nicht. Hier vor allem übte die charismatische und integrierende Kraft Hitlers ihre Wirkung aus. Sein selbstpropagiertes Bild eines Mannes, der aus dem arbeitenden Volke kam, hatte eine nicht zu verkennende Anziehungskraft – auch für manchen ehemals sozialdemokratisch gestimmten Arbeiter. Nichtsdestoweniger war der Nationalsozialismus durchaus nicht, wie jüngst von Götz Aly behauptet wurde, ein sozialistisches Regime. Tatsächlich verlangte das Regime fast von Anfang an von der Gesamtbevölkerung und nicht nur von den Wohlhabenden Sparsamkeit und Opferbereitschaft in ihrem täglichen Leben. Der Übergang von einer Konsumgüter- zur Rüstungsgüterproduktion setzte bereits in den 1930er Jahren ein, doch mit dem Kriegsausbruch beschleunigte sich dieser Prozess noch einmal. Am Ende des ersten Kriegsjahrs waren die Militärausgaben von einem Fünftel auf über ein Drittel des Nationalprodukts angestiegen. Das Reichswirtschaftsministerium wollte in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck vermeiden, die Bevölkerung müsse

darben, um den Militärapparat in Gang zu halten. Daher ließ es seine ursprüngliche Absicht fallen, eine drastische Steuererhöhung vorzunehmen und entschied sich stattdessen für eine Einschränkung der Verbraucherausgaben durch Rationierung. Ende August 1939 war der Pro-Kopf-Verbrauch um elf Prozent zurückgegangen, im Jahr darauf waren es noch einmal sieben Prozent. Fast sofort nach Kriegsbeginn wurden Nahrungsmittel und Textilien rationiert. Natürlich war das nichts prinzipiell Neues, schon in den 1930er Jahren waren bestimmte Lebensmittel und andere knappe Konsumgüter rationiert worden. Im Verlauf des Kriegs wurden die Zuteilungen noch weiter gekürzt. Die engen Grenzen bei Textilien hatten zusammen mit der Lebensmittelrationierung zur Folge, dass der durchschnittliche Verbrauch in Deutschland im Oktober 1941 nur noch ein Viertel des Umfangs im Vergleich zu den Friedensjahren betrug. Viele Kleidungsstücke waren aus minderwertigen Kunstfasern hergestellt und häufig mussten die Menschen Holzschuhe tragen, weil es nicht genügend Leder gab. Im April 1942 gab am Ende einer Rundfunksendung, die für die in Belgien und Frankreich stationierten deutschen Truppen ausgestrahlt wurde, ein Techniker einen Witz zum Besten: „Es wurde dabei von einem Lebensmüden berichtet, der vergeblich versucht habe, sich an einem Strick zu erhängen – unmöglich, da Ersatzware. Er habe dann versucht, ins Wasser zu gehen, sei aber oben geblieben, da sein Anzug aus Holz gewesen sei. Schließlich sei es ihm doch gelungen, sich das Leben zu nehmen, weil er seit zwei Monaten auf Lebensmittelkarte gelebt habe.“

Selbst vergleichsweise geringe Einschnitte in den Lebensmittelrationen konnten in Arbeiterkreisen unzufriedene Reaktionen auslösen. „Die Stimmung in diesen Bevölkerungskreisen“, hieß es warnend in einer Meldung, „sei auf einem im Verlauf des Krieges bisher noch nicht festgestellten Tiefstand angelangt.“

Und es herrschte allgemein Unzufriedenheit darüber, dass Familien aus höheren Kreisen dank ihrer Beziehungen weit größere Mengen an Lebensmitteln erhalten könnten als ihnen eigentlich zustehe. Lebensmittelpakete von in Frankreich oder im übrigen Westeuropa stationierten Familienmitgliedern und Freunden sorgten für Entlastung, doch waren sie nie wesentlich und in manchen Situationen, vor allem während des Kampfs um Stalingrad und überhaupt an der Ostfront, nahmen Hilfspakete den umgekehrten Weg. Alles in allem dürfte der Beitrag der Ökonomien der besetzten Länder im Osten und Westen zur deutschen Wirtschaft laut den überzeugendsten Schätzungen, etwa von Adam Tooze, kaum mehr als 20 Prozent ausgemacht haben. Es reichte jedenfalls nicht aus, um den Menschen das Gefühl zu geben, sie hätten ein gutes Leben. „Was ist der Unterschied zwischen Indien und Deutschland?“ wurde in einem Witz gefragt, der Anfang 1943 in Deutschland aufkam. Antwort: „In Indien verhungert einer [Ghandi] für alle, in Deutschland verhungern alle für einen [Hitler].“

Goebbels' Rhetorik des Leidens und Verzichtens nach seiner berühmten Verkündung des „totalen Krieges“ vermochte nicht mehr zu überzeugen, da der Lebensstandard schon lange vor dem Frühjahr 1943 stark gesunken war. Kaum eine historische Legende hielt sich hartnäckiger wie die vom Blitzkrieg als ökonomische Strategie mit dem Ziel, einen schnellen und billigen Krieg zu führen, ohne die Friedens- auf eine Kriegswirtschaft umstellen zu müssen. Die deutsche Wirtschaft hatte sich schon lange vor Kriegsbeginn in eine Kriegswirtschaft transformiert. Der Privatkonsum sank in den zehn Jahren zwischen 1928 und 1938 von 71 Prozent auf 59 Prozent des Nationaleinkommens und die Reallöhne erreichten bis zum Kriegsausbruch nicht mehr das Niveau, das sie im Jahr unmittelbar vor der Weltwirtschaftskrise gehabt hatten. Die Sozialleistungen zum Beispiel der Organisation „Schön-

heit der Arbeit“ vermochten diesen Rückgang nicht auszugleichen; für viele Errungenschaften der Organisation mussten die Arbeiter selbst bezahlen, teils durch ihre eigene Arbeit. Als der Krieg begann, einigten sich das Reichsfinanzministerium und die Vierjahresplan-Behörde darauf, dass der Privatkonsum hauptsächlich durch Rationierung so weit eingeschränkt werden müsse, dass es gerade noch zum Leben reiche. Die Steuern auf Bier, Tabak, Kino- und Theaterbesuche, Reisen und andere Aspekte des Konsums wurden erhöht und alle Steuerzahler mussten eine Kriegsteuer bezahlen. Infolgedessen erhöhten sich die Steuern um durchschnittlich 20 Prozent für alle Einkommensbezieher, überwiegend Arbeiter, die zwischen 1939 und 1941 ein Jahreseinkommen zwischen 1.500 und 3.000 Reichsmark hatten, und um 55 Prozent für diejenigen, deren Jahreseinkommen zwischen 3.000 und 5.000 Reichsmark lag. Die eine Hälfte der Militärausgaben wurde aus den Steuereinnahmen gedeckt, die andere aus Einkünften aus den besetzten Gebieten sowie aus Staatsanleihen.

Hitler lehnte jede weitere Erhöhung der Einkommensteuer ab, weil er eine feindselige Reaktion der Bevölkerung befürchtete. Stattdessen wurden zusätzliche Mittel aufgebracht, indem man die Konten der Sparer plünderte. Je mehr Einschränkungen das Regime bei anderen Möglichkeiten der Geldanlage vornahm, desto weniger Alternativen blieben den Sparern. Statt langfristig zu investieren, zogen sie es vor, ihr Geld dort unterzubringen, wo sie es bei Bedarf schnell wieder zurückholen konnten, wenn der Krieg vorbei sein würde. Davon abgesehen gab es offenbar wenig, was sie sonst damit hätten anstellen können.

Dennoch kam es trotz der schlechten Lebensbedingungen der Arbeiterschaft während des Kriegs zu keinem Aufstand. Dafür war in erster Linie der von Anfang des Kriegs an noch einmal erhöhte und in den letzten Kriegsmontaten drastisch radikalisierte Terror seitens des Staats, der Partei und der SS verantwortlich.

Hinzu kam die Tatsache, dass immer mehr Arbeiter, auch in kriegswichtigen Betrieben, zum Kriegseinsatz eingezogen wurden. Man ersetzte sie zunehmend durch Fremdarbeiter, in ihrer überwiegenden Mehrheit Zwangsarbeiter. Etwa acht Millionen Fremdarbeiter befanden sich Mitte 1944 in Deutschland. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Fremdarbeiter waren viel schlechter als diejenigen der deutschen Arbeiter. In vielen Betrieben machten sich am Verhalten deutscher Arbeiter rassistische Vorurteile gegenüber den Fremdarbeitern bemerkbar. In ihren Feldpostbriefen bedienten sich in der Tat viele Soldaten, auch aus Arbeiterkreisen, einer Sprache, die, ähnlich der der Nationalsozialisten, die Einwohner der polnischen, ukrainischen, weißrussischen und russischen Dörfer, die sie bei ihrem Einmarsch in die Sowjetunion kennenlernten, als schmutzig, rückständig und un-zivilisiert darstellte. Allerdings muss eingeräumt werden, dass Gefühle der Überlegenheit im Vergleich zu Russen und Polen schon vor dem Ersten Weltkrieg in der deutschen Arbeiterschaft weit verbreitet waren. Sie dienen nur schlecht als Beweis für die These, dass die deutschen Arbeiter sich spezifisch nationalsozialistische Rassenvorurteile zu eigen gemacht hatten. Tatsächlich folgten die deutschen Arbeiter der nationalsozialistischen Ideologie in dieser Hinsicht nicht, denn es waren vor allem die italienischen Fremdarbeiter, die von ihnen am meisten verpönt waren wegen ihrer angeblichen Faulheit und mangelnder sozialen und sexuellen Disziplin.

Auch gegenüber der jüdischen Bevölkerung in diesem Gebiet zeigten die Soldaten deutliche Gefühle der Überlegenheit, die mancherorts zu Gewalttätigkeiten ausarteten. Allerdings darf daraus nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die deutschen Arbeiter im Allgemeinen antisemitisch eingestellt waren. Die Polizisten in der Untersuchung von Daniel Jonah Goldhagen waren weder „gewöhnliche Deutsche“ noch „gewöhnliche Män-

---

ner“, sie hatten sich im Gegenteil freiwillig für den Polizeidienst angemeldet, waren sorgfältig aus einer viel größeren Zahl Freiwilliger ausgewählt worden und hatten eine rigorose ideologische Vorbereitung durchgemacht.

Weitaus typischer für die deutsche Arbeiterschaft waren die ehemaligen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter, die gleich nach dem Krieg ihre alten Organisationen wieder auf die Beine brachten und im Jahre 1947 eine große Streikwelle im Ruhrgebiet verursachten. Die Träger dieser Bewegung, welche die Verstaatlichung der Bergwerke als zentralen Punkt ihres Programms forderten, waren jedoch überwiegend ältere Arbeiter, die während der ganzen Zeit des Dritten Reichs ihrer alten marxistischen Ideologie treu geblieben waren. Bei der jüngeren Generation waren die Traditionen der Arbeiterbewegung dagegen nach 1945 nicht mehr vorhanden. Sie waren von Wirtschaftskrise und Krieg, Propaganda und Erziehung, Hitlerjugend und Diktatur entscheidend gebrochen worden. Die Streiks hatten also nicht das gewünschte Ergebnis. Die jüngere Arbeitergeneration wollte nach all den Entbehrungen der letzten 20 Jahren hauptsächlich materielle Fortschritte. Die KPD verlor stark an Wählern und Mitglieder. Sie wurde schließlich verboten. Die SPD löste sich 1959 von ihrem marxistischen Erbe. Konsumgesellschaft und Wirtschaftswunder prägten die Erfahrungen der Arbeiterklasse in den 1950er Jahren, vielfach getragen von der konsumorientierten jüngeren Arbeitergeneration. Die Traditionen der Arbeiterkultur, ja der Arbeiterbewegung überhaupt, konnten in der gesellschaftlich und politischen unruhigen Zeit der späten 1960er Jahre nicht wiederbelebt werden.

Genau zehn Jahre sind nun verflossen, seit der Veröffentlichung von Michael Schneiders großer Überblicksdarstellung „Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939“. Was an dieser Arbeit beeindruckt, neben der Fülle der De-

tails und der souveränen Beherrschung einer fast unübersichtlichen Literatur, ist die Abgewogenheit des Urteils. Jenseits der Polemik und des Revisionismus der letzten Zeit unterstreicht Michael Schneider nüchtern und überzeugend die Bedeutung des Terrors für die Zerschlagung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung und des Widerstands, die fortdauernde Überwachung der Teile der Arbeiterschaft, die in den Augen der Nationalsozialisten potenziell Widerstand hätten leisten können, die Zwiespältigkeit der Einstellungen der Arbeiterschaft zum Dritten Reich und die Grenzen ihrer Integration in die Volksgemeinschaft. Am Ende seiner Darstellung verspricht er, die Frage aufzunehmen, warum die Arbeiter bis zum Ende des Kriegs „mitmachten“ und was der Krieg für die Kontinuität der Arbeiterbewegung bedeutete. Wir warten gespannt darauf.

---

## Literaturhinweise

- Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005.
- Bajohr, Frank: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Göttingen 2005, S. 69-121.
- Bajohr, Frank/Pohl, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006.
- Childers, Thomas: The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany, 1919-1933, Chapel Hill, London 1983.
- Evans, Richard J.: Das Dritte Reich (3 Bde.), München 2004-2009.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991.
- Gellately, Robert: Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany, Oxford 2001.
- Geary, Dick: Working-Class Identities in the Third Reich', in: Gregor, Neil (Hg.): Nazism, War and Genocide. Essays in Honour of Jeremy Noakes, Exeter 2005, S. 42-55.
- Goldhagen, Daniel J.: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.
- Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter: Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1985.
- Johnson, Eric A./Reuband, Karl-Heinz: What we knew. Terror, Mass Murder and Everyday Life in Nazi Germany, an Oral History, London 2005.

- Lüdtke, Alf: ‚Wo bleibt die „rote Glut“? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus‘, in: Ders. (Hg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt am Main 1989, S. 224-282.
- Mallmann, Klaus-Michael/Paul, Gerhard: Herrschaft und Alltag. Eine Industrieviertel im Dritten Reich, Bonn 1991.
- Marbolek, Inge/Ott, René: Bremen im Dritten Reich. Anpassung, Widerstand, Verfolgung, Bremen 1986.
- Mason, Timothy W.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939, Opladen 1975.
- Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn-Bad Godesberg 1999.
- Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte IV. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914-1949, München 2003.

## **Zum Autor**

Richard John Evans, geb. 1947; Prof. Dr.; Studium der Modernen Geschichte in Oxford und Hamburg; 1973 Promotion an der Universität Oxford; Lehrtätigkeiten an den Universitäten Stirling, East Anglia, Columbia (New York) und Birkbeck (London); seit 1998 (und seit 2008 Regius-) Professor für Moderne Geschichte an der Universität Cambridge.

Richard J. Evans ist einer der renommiertesten Sozial- und Kulturhistoriker aus Großbritannien. Einem breiteren Publikum wurde er durch sein Buch über den Prozess gegen den Holocaustleugner David Irving bekannt; *Lying about Hitler. History, Holocaust, and the David Irving Trial*, New York 2001.

Weitere Veröffentlichungen u.a.: *Rereading German History. From Unification to Reunification 1800-1996*, London 1997; *Tales of the German Underworld. Crime and Punishment in the Nineteenth Century*, New Haven/London 1998; *The Coming of the Third Reich*, London 2003; *The Third Reich in Power 1933-1939*, London 2005; *The Third Reich at War 1939-1945*, London 2008; *Cosmopolitan Islanders. British Historians and the European Continent*, Cambridge 2009.

## **Gesprächskreis Geschichte**

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von besonderer politischer Bedeutung diskutiert. Der Gesprächskreis pflegt in Veranstaltungen und Publikationen nicht nur das Erbe der Sozialdemokratie, sondern leistet auch einen Beitrag zur Erhaltung der politischen und gesellschaftlichen Kultur des Landes. Die Veranstaltungen finden in Bonn und Berlin statt.

Die Publikationen des Gesprächskreis Geschichte sind im Internet als Volltexte zugänglich:

<http://www.fes.de/hfz/forschung/inhalt/geschichte.htm>

Zuletzt sind erschienen:

### **Masaaki Yasuno**

**Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers.** Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 60 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 87)

ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

**Politischer Widerstand?** Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 43 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 86)

ISBN 978-3-86872-319-9

### **Helga Roepert**

**„Anfang 1935 flog die Gruppe meines Vaters auf ...“** : Erinnerungen einer Sozialdemokratin an eine glückliche Kindheit in

schrecklichen Zeiten. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. - 88 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 85)

ISBN 978-3-86872-262-8

### **Markus Roth**

**Chronist der Verblendung - Friedrich Kellners Tagebücher 1938/39 bis 1945.** Beiheft zur Ausstellung: Die Last der ungesagten Worte. Die Tagebücher Friedrich Kellners 1938/39 bis 1945. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2009. - 35 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 83)

ISBN 978-3-86872-241-3

### **Edgar Wolfrum**

**Von der improvisierten zur geglückten Demokratie :** Deutschlands schwieriger Weg im 20. Jahrhundert. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Historisches Forschungszentrum, 2009. - 40 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 82)

ISBN 978-3-86872-067-9





